

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 120408  
Telefon: (02 28) 21 90 38/39  
Telex: 08 86 846 ppbn d



## Inhalt

Karsten Voigt MdB, Obmann der SPD-Bundestagsfraktion im Auswärtigen Ausschuß, sieht in naher Zukunft einen breiten Ost-West-Rüstungskontrolldialog: Kompromisse erforderlich.  
Seite 1

Fritz Gautier MdEP kommentiert die EG-Agrarpreisentscheidung: Maßstäbe gesetzt.  
Seite 3

Egon Lutz MdB begrüßt die Verleihung des Reichsbund-Rehabilitationspreises an Eugen Glombig: Ein Motor der Politik für Behinderte.  
Seite 4

Renate Lepsius MdB fordert die Politiker zu konkretem Handeln gegen Neonazis auf: Ekelerregender NS-Kult.  
Seite 5

Dokumentation: Peter Corterier, AA-Staatsminister, vor der Deutschen Atlantischen Gesellschaft in Berlin: Die Bundesrepublik Deutschland und die Atlantische Allianz.  
Seite 6

37. Jahrgang / 95

19. Mai 1982

Kompromisse erforderlich  
-----

Breiter Ost-West-Rüstungsdialog zeichnet sich ab

Von Karsten D. Voigt MdB

Obmann der SPD-Bundestagsfraktion im Auswärtigen Ausschuß

Ein politischer Durchbruch zur Wiederaufnahme des rüstungskontrollpolitischen Dialogs zwischen Ost und West auf allen Ebenen zeichnet sich ab.

Die sozialliberale Bundestagsregierung und die tragenden Parteien haben maßgeblich zum Neubeginn und zur Wiederaufnahme des intensiven rüstungskontrollpolitischen Dialogs zwischen Ost und West beigetragen. Unsere nächste Aufgabe ist es jetzt, auf die Substanz der Ost-West-Verhandlungen mit dem Ziel Einfluß zu nehmen, ausgewogene und für beide Seiten annehmbare Ergebnisse zur ermöglichen. Hierzu sind Kompromisse zwischen den jetzt bei Verhandlungsbeginn noch weit auseinanderliegenden Ausgangspositionen beider Seiten erforderlich.

Auf die positiven Vorschläge des amerikanischen Präsidenten zur Wiederaufnahme der Verhandlungen über strategische Interkontinentalsysteme hat der Generalsekretär der KPdSU und Staatschef der Sowjetunion positiv reagiert. Ronald Reagan und Leonid Breschnew sind sich insofern in ihrer Zielsetzung einig, als sie beide für eine baldige Aufnahme der Verhandlungen und für eine Verringerung der strategischen Waffenarsenale eintreten. Um schneller zu einer Annäherung der ansonsten noch sehr unterschiedlichen Ausgangspositionen zu gelangen, ist ein baldiges Treffen zwischen Ronald Reagan und Leonid Breschnew zu wünschen.

Während der langwierigen neuen Verhandlungen über strategische nukleare Interkontinentalsysteme muß vermieden werden, daß neue Aufrüstungsprogramme in Ost und West die Ver-



handlungsgrundlagen unterminieren und das Ziel der drastischen Verringerung der strategischen Waffenarsenale gefährden. Aus diesem Grunde sollten die USA und die UdSSR sich bei Beginn der Start-Verhandlungen über diejenigen Bestandteile des SALT-II-Vertrages einigen, an die sich bis zum Abschluß eines neuen Vertrages beide Seiten halten werden.

Leonid Breschnew hat in seiner Rede vor dem Konsumol-Kongreß angekündigt, daß die Sowjetunion auch östlich des Urals keine Mittelstreckenwaffen zusätzlich stationieren werde, die die Bundesrepublik Deutschland oder andere Länder Westeuropas erreichen könnten. Außerdem würde auch die Vollendung der Vorbereitungen für die Aufstellung neuer Raketen im europäischen Teil der Sowjetunion eingefroren und es sei mit der Verminderung einer beträchtlichen Zahl solcher Raketen begonnen worden.

Diese Ankündigungen Leonid Breschnews sind zu begrüßen. Sie sind ein Hinweis dafür, daß auch die Sowjetunion einzusehen beginnt, daß ihre bisherige Rüstung im Bereich der nuklearen Mittelstreckenwaffen nicht mit dem Konzept der Sicherheitspartnerschaft zu vereinbaren war und daß sie schrittweise auch bereit ist, legitime Sicherheitsinteressen Westeuropas besser als bisher zu berücksichtigen. Wenn die Sowjetunion in den kommenden Monaten ihre bisherigen Positionen und Rüstungen im Bereich der Mittelstreckenwaffen weiterhin einer selbstkritischen Prüfung unterzieht, könnte ein Erfolg der Genfer INF-Verhandlungen und ein wechselseitiger Kompromiß mit dem Ziel der Nulllösung ermöglicht werden.

Die erneute Bestätigung des entspannungspolitischen Konzeptes auf dem bevorstehenden Gipfeltreffen der NATO in Bonn ist ein Signal an die Sowjetunion, daß im Westen wieder die Weichen in Richtung auf einen konstruktiven Ost-West-Dialog gestellt worden sind.

Wir Sozialdemokraten verbinden mit dem Bonner NATO-Gipfeltreffen die Hoffnung, daß dort auch ein neuer konstruktiver Vorschlag für die Wiener MBFR-Verhandlungen gemacht wird. Die Stabilisierung eines konventionellen militärischen Gleichgewichts auf einem niedrigerem militärischen Niveau würde dazu beitragen, die Abhängigkeit des NATO-Verteidigungskonzeptes von atomaren Waffen zu verringern. In diesem Sinne sind Forderungen nach einer erheblichen Verringerung der Zahl der nuklearen Gefechts Waffen zu unterstützen.

(-/19.5./9182/bgy/ca)

+ + +



Eine neue Dynamik ?  
-----

Art der Agrarentscheidung setzt Maßstäbe

Von Fritz Gautier MdEP

Mitglied des Agrar-Ausschusses des Europäischen Parlaments

Es ist zu begrüßen, daß der Ministerrat der Europäischen Gemeinschaft entsprechend der alten Forderung der deutschen Sozialdemokraten zur Mehrheitsentscheidung zurückgekehrt ist, wie es die Verträge vorsehen. Nachdem die Gemeinschaft durch jahrelangen Mißbrauch des Einstimmigkeitsprinzips an den Rand der Handlungsfähigkeit geraten war, kann man jetzt darauf hoffen, daß Mehrheitsentscheidungen zur Regel werden und die Gemeinschaft eine neue Dynamik entwickeln kann. Die gestrige Entscheidung darf keine Eintagsfliege bleiben.

Wenn ich dem Verfahren bei der Festsetzung der Landwirtschaftspreise auch zustimme, so kann ich die beschlossenen Preise in dieser Höhe jedoch nicht gutheißen. Von Reform der Agrarpolitik ist kaum etwas zu spüren. Die deutschen Sozialdemokraten werden weiter auf eine grundlegende Reform der EG-Agrarpolitik drängen. Mit der Landwirtschaftspolitik als bloßer Preispolitik ist weder Erzeuger noch Verbraucher gedient.

Das Problem des britischen Beitrages zum Haushalt der Europäischen Gemeinschaft ist mit der Entscheidung über die Agrarpreise verknüpft worden. Es geht nicht an, diese Auseinandersetzung auf dem Rücken der europäischen Landwirte auszutragen.

Das Problem des britischen Beitrags muß allerdings gelöst werden - entweder jetzt oder im Rahmen des normalen Haushaltsverfahrens.

+ + +



## Ein Motor der Politik für Behinderte

-----  
Eugen Glombig erhielt den Reichbund-Rehabilitationspreis

Von Egon Lutz MdB

Stellvertretender Vorsitzender des Arbeitskreises  
Sozialpolitik der SPD-Bundestagsfraktion

Der Reichsbund der Kriegsoffer, Behinderten, Sozialrentner und Hinterbliebenen hat den Sozialexperten der SPD-Bundestagsfraktion, Eugen Glombig, mit seinem Rehabilitationspreis ausgezeichnet, der in jedem Jahr anlässlich des 23. Mai, des Welttages der Behinderten vergeben wird. Der diesjährige Preisträger - Hamburger Bundestagsabgeordneter und Vorsitzender des Arbeitskreises Sozialpolitik seiner Fraktion - hat sich über mittlerweile Jahrzehnte hinweg als ein entscheidender und ungewöhnlich zuverlässiger Motor der Politik für Behinderte erwiesen.

In der Person von Eugen Glombig vereinigt sich ein hohes Maß an Erfahrung, Kenntnisreichtum und Engagement, das er in die Behindertenpolitik einbringt. Er hatte wichtigen Anteil daran, daß durch die sozial-liberale Koalition die Behindertenpolitik aus ihrem Dasein als Stiefkind der Sozialpolitik befreit wurde und den Rang erhielt, den sie auch einnehmen sollte. Der konzeptionell neue Ansatz der Behindertenpolitik der Koalition besteht darin, die Abkehr vom Kausal- und die betonte Hinwendung vom Finalprinzip vollzogen zu haben. Eugen Glombig hat dafür gestritten, diesen Weg einzuschlagen. Denn nach seiner festen Überzeugung muß die Politik für Behinderte allen Betroffenen zugute kommen, und zwar unabhängig von der jeweiligen Behinderungsursache. Deshalb bekennt er immer wieder, daß für die Rehabilitation allein die Art und die Schwere der Behinderung der Maßstab zu sein haben. So mahnt er uns, dafür zu sorgen, daß möglichst alle Behinderte in Arbeit, Beruf und Gesellschaft eingegliedert oder wieder eingegliedert werden. Wer den neuen Preisträger des Rehabilitationspreises des Reichsbundes kennt, der weiß auch, daß er ebensoviel Akribie und Geduld auf die Details der Behindertenpolitik verwendet.

Als Vorsitzender der Koordinierungsgruppe der Nationalen Kommission für das Internationale Jahr der Behinderten erinnerte Eugen Glombig an den verstorbenen Bundespräsidenten Gustav Heinemann, der gesagt hat: "Unsere grundsätzlich auf Leistung und Wettbewerb ausgerichtete Gesellschaft ist nur dann in Ordnung, wenn sie behinderten Minderheiten volle Achtung, volle Gemeinschaft und ein Höchstmaß an Eingliederung gewährt. Zu einer Behinderung in der Teilnahme am Wettbewerb darf dem Behinderten nicht auch noch der Schmerz hinzugefügt werden, daß er nicht recht brauchbar sei, daß er eine Last und eine Störung des Wohlbehagens seiner Mitmenschen sei." Mit Eugen Glombig hat der Reichsbund einem Politiker den Preis zuerkannt, der für die Solidarität mit unseren behinderten Mitbürgern steht. Der Preis ehrt den Abgeordneten, die Auswahl den Verband.

(-/19.5.1982/h1/ca)

## Ekelerregender NS-Kult

Politiker müssen Neo-Nazis mit konkretem Handeln entgegentreten

Von Dr. Renate Lepsius MdB

Mitglied des Vorstandes der SPD-Bundestagsfraktion

Immer aggressiver werden die Angriffe gegen den demokratischen Rechtsstaat und immer ekelerregender die Verherrlichungen des Nationalsozialismus, mit denen sich die alten Kampfgefährten Adolf Hitlers heute zu Wort melden. Nach Zeiten der Verharmlosung des deutschen Rechtsradikalismus scheinen die Nazis Morgenluft zu wittern. Sozialdemokratische Bundestagsabgeordnete sehen sich in den letzten Monaten gezielten Angriffen der rechtsradikalen Front ausgesetzt. Sie füllen schon einen Aktenordner. Begonnen hatte alles mit einem massiven Protest von mir gegen die Verbreitung der Pamphlete "Die Auschwitzlüge" durch den Nordwind-Verlag.

Was den Abgeordneten in diesen Briefen aufgetischt wird, knüpft bruchlos an die zerstörerischen Aktivitäten an, mit denen die Nationalsozialisten die Weimarer Republik zu Fall gebracht haben. Da heißt es wörtlich: "Daß es die westlichen Demokratien waren, die mit dem Versailler Diktat beginnend, durch Ausplünderung Deutschlands dieses Land an den Bettelstab brachten." Hitler habe nur das zurechtgerückt, was die demokratischen Staaten verbrochen hätten. In weiteren Briefen werden nationalsozialistische Bücherverbrennungen und Grauelaten schlicht geleugnet. Und immer wieder taucht die widerliche Auschwitzlüge auf, nach der es weder Judenvernichtungen noch Konzentrationslager im Dritten Reich gegeben habe.

Aber es handelt sich hierbei nicht nur um alte "Herrnmenschen", die die Geschichte des Nationalsozialismus verfälschen wollen. Immer mehr junge Menschen gesellen sich hinzu. Fehlendes historisches Wissen läßt Legendenbildung auf fruchtbarem Boden wuchern.

Diese rechtsradikalen Lügen unterstreichen die Notwendigkeit schärferer strafrechtlicher Bestimmungen gegen neonazistische Propaganda und einer verstärkten Aufklärung über den Nationalsozialismus in unseren Schulen.

Die Gefährlichkeit der Nazis äußert sich nicht nur in ihren Geschichtslügen, sondern in den immer wiederkehrenden Angriffen gegen die parlamentarisch verfaßte Demokratie. Das Parlament wird als Schmierenkommödie denunziert. So heißt es in einem Brief über die deutsche Demokratie: "Die Generation der Kämpfer ist betrogen worden. Es schwemmen dagegen die Abgehalfterten nach oben. Das Ergebnis ist: nix Kultura, nix Frieden, Bolschewiki ante portas, nix Idee, aber Verschleiß, Demontage aller Werte. Kurz, ein riesiger Dreckhaufen und als Krönung eine gut geölte Funktionärsclique mit gut ge-drillten Claquieren."

Selten wurde der Angriff der Neonazis auf unseren Staat so unverhüllt begründet. Wer diese Positionen als kindisch verharmlost, der wird der Gefahr nicht gerecht, die in der Wirkung dieser Sätze steckt. Denn diese Angriffe treffen auf ein politisches Klima in der Bundesrepublik, das durch wachsendes Mißtrauen gegenüber Parlament, Parteien und durch antiwestliche Strömungen gekennzeichnet ist. Die gerade veröffentlichte Infas-Studie beweist, weniger als die Hälfte der Erwachsenen und nur 29 Prozent der Jugendlichen glauben daran, daß die Entscheidungen der Politiker im Interesse des Volkes getroffen werden. Nicht nur das Verständnis für politische Gewalttätigkeit steigt, gering ist der Glaube vieler an Engagement, Ehrlichkeit und gutem Willen von Politikern, Gewerkschaften und Justiz.

Der demokratische Konsens in unserem Lande ist brüchig geworden. In dieses Vakuum stoßen die Neonazis hinein und verstärken diesen Prozeß. Wenn wir Politiker nicht durch unser konkretes Handeln die Werte der parlamentarischen Demokratie erfahrbar machen und uns dieser doppelten Herausforderung nicht inhaltlich stellen, können wir zwischen beiden Fronten aufgerieben werden.

(-/ 19.5.1982/bgy/ca)

## D O K U M E N T A T I O N

Der Staatsminister im Auswärtigen Amt, Dr. Peter Corterier (SPD) hat am Dienstagabend vor der Deutschen Atlantischen Gesellschaft in Berlin gesprochen. Er führte unter anderem folgendes aus:

## Die Bundesrepublik Deutschland und die Atlantische Allianz

Als langjähriges aktives Mitglied der Deutschen Atlantischen Gesellschaft freue ich mich besonders, heute vor Ihnen sprechen zu können. Ich habe es gewissermaßen als eine Pflicht angesehen, Ihre Einladung anzunehmen, aber es handelt sich dabei eindeutig um eine angenehme Pflicht, denn in Berlin zu sein, bedeutet mir politisch wie persönlich ungeheuer viel.

Berliner und zumal Mitglieder der Deutsch-Atlantischen Gesellschaft in Berlin wissen, was die NATO für die Sicherheit der Bundesrepublik bedeutet. Sie ist das Fundament unserer Sicherheit und unsere Bemühungen um Ausgleich und Zusammenarbeit im deutsch-deutschen Verhältnis und mit unseren östlichen Nachbarn bauen auf diesem Fundament auf, ergänzen und vervollständigen es zu einem Gebäude. Wir bewegen uns damit im Rahmen einer politischen Konzeption, die mit dem Namen des früheren belgischen Außenministers Pierre Harmel verbunden ist. Seit 1967 gilt es - und diese Strategie ist im Harmel-Bericht niedergelegt -

- einerseits das militärische Gleichgewicht zwischen Ost und West durch ausreichende Verteidigungsvorkehrungen zu gewährleisten und
- andererseits durch Rüstungskontrolle und Bereitschaft zur Zusammenarbeit den Dialog und den Ausgleich mit der Sowjetunion und den osteuropäischen Staaten zu suchen, um zum Abbau von Spannungen beizutragen.

Im Vorfeld der Bonner NATO-Gipfelkonferenz wird bisweilen gefragt, ob denn diese Strategie des Bündnisses nach 15 Jahren und nach zahlreichen Rückschlägen in den Ost-West-Beziehungen noch gültig sei.

Dies möchte ich bejahen, ohne dabei allerdings zu verkennen, daß es seither bedeutsame neue Entwicklungen gegeben hat, die uns zu neuen Überlegungen zwingen.

Die Waffentechnik hat sich mit ungeheurer Geschwindigkeit weiterentwickelt. Auch daraus ergeben sich neue Fragestellungen. Wir sind, wenn man so will, bereits in einer neuen strategischen Debatte im Bündnis.

Dies gilt aber auch für den Bereich der wirtschaftlichen Sicherheit. Seit der Ölkrise von 1973 wissen wir, daß weltwirtschaftliche Entwicklungen tiefe Einschnitte in unsere wirtschaftlichen, sozialen und politischen Verhältnisse zur Folge haben können und das, was wir traditionell mit dem Begriff Sicherheit verknüpfen, nicht unberührt lassen.

Über die Folgerungen, die daraus zu ziehen sind, gibt es noch keinen allgemeinen Konsens im Bündnis. Ich bin jedoch sicher, daß es auf der bevorstehenden NATO-Gipfelkonferenz in Bonn gelingen wird, den strategischen Konsens im Bündnis, sowie er sich entwickelt hat, zu bekräftigen und wo nötig auch neu herzustellen.

In den Grundkenntnissen und Grundsätzen ist die Gesamtstrategie des Bündnisses - wie übrigens auch die Verteidigungsdoktrin der "Flexiblen Antwort" - nach wie vor ein-



leuchtend und vernünftig. Es gibt dazu keine vernünftige Alternative. Das, was man einen strategischen Konsens nennt, ist in einem Bündnis stets ein äußerst komplizierter militärischer und politischer Prozeß - Innen- und außenpolitisch. Man sollte deshalb mit dem Ruf nach einer neuen Strategie eher vorsichtig sein und den einmal gefundenen Konsens nicht infragestellen, wenn man nicht genau weiß, was man an seine Stelle setzen will.

Aber wir sollten im eigenen Interesse auch eine Haltung vermeiden, die darauf hinauslaufen würde, neue Fragestellungen und Entwicklungen einfach nicht zur Kenntnis zu nehmen. Mit verbundenen Augen kann man keine Politik machen. Wo erforderlich, müssen aber auch bleibende Grundtatsachen bestätigt werden.

Dazu gehört: Die westeuropäischen Demokratien können ihre Friedensaufgabe nur erfüllen im Bündnis mit den Demokratien Nordamerikas. Nur die feste transatlantische Verankerung gibt den westeuropäischen Staaten und gibt uns den notwendigen Rückhalt für den erforderlichen außenpolitischen Dialog mit der Sowjetunion. Wir können sie nur mit dem notwendigen Eigengewicht und mit Aussicht auf Erfolg führen, solange und weil wir dazu den Rückhalt der Verankerung in das westliche Bündnis und in die Europäische Gemeinschaft haben.

Ein Europa, das seinen Standort scheinbar wertfrei in Äquidistanz zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion suchen wollte, würde im Endergebnis sein Gewicht in der internationalen Politik und gerade auch gegenüber dem Osten verlieren und damit die Basis für eine wirkungsvolle Friedenspolitik. Daß das so ist, wissen die Berliner besser als irgendjemand sonst.

Europa würde ohne das Bündnis früher oder später zum Objekt und Spielball der weltpolitischen Entwicklungen und die Freiheit seiner Eigenentwicklung beschränken statt den Raum für mehr Selbstbestimmung zu erweitern. Es wäre deshalb eine sicherheitspolitische Fehleinschätzung zu glauben, daß die Vereinigten Staaten als Faktor der Sicherheit in Europa ganz oder teilweise ersetzt werden können. Unsere eigenen Verteidigungsleistungen sind nicht unbeträchtlich.

Allein die Bundeswehr stellt in Mitteleuropa

- 50 Prozent der Landstreitkräfte
- 50 Prozent der bodengebundenen Luftverteidigung
- 30 Prozent der Kampfflugzeuge
- 70 Prozent der Seestreitkräfte in der Ostsee und
- 100 Prozent der Seeluftstreitkräfte in der Ostsee.

Unser politisches und militärisches Gewicht im Bündnis wollen und brauchen wir nicht allzu klein schreiben, aber die Vereinigten Staaten von Amerika, die Präsenz ihrer Streitkräfte in Europa und insbesondere ihre nukleare Garantie sind als Faktor der Sicherheit Europas, Deutschlands nicht zu ersetzen. Vor allem in Berlin wird klar, wie wichtig die amerikanische Präsenz - politisch und militärisch - für uns alle ist.

Wir haben dies am 15. April durch Unterzeichnung des deutsch-amerikanischen Abkommens über "Unterstützung durch den Aufnahmestaat in Krise oder Krieg" erneut unterstrichen. Umgekehrt gilt allerdings auch, daß die weltpolitische Rolle und damit die Sicherheit der Vereinigten Staaten von Amerika nicht unabhängig von dem Verhältnis USA/Europa gesehen werden können. Das Atlantische Bündnis ist keine Einbahnstraße. Es ist eine Gemeinschaft demokratischer Grundwerte, des Willens zum Frieden, der Freiheit, der Gerechtigkeit und der Menschenwürde.

Die innere Struktur des Bündnisses ist, um einen Begriff von Richard Löwenthal aufzugreifen, anders als im Warschauer Pakt durch die Freiheit der gesellschaftlichen Eigen-



entwicklung gekennzeichnet. Die NATO hat nie Gewalt angewandt und wird dies nie als erste tun. Ihre Verteidigungsvorkehrungen sind ausschließlich darauf gerichtet, die territoriale Unversehrtheit und die Unabhängigkeit der Mitgliedstaaten der Allianz zu schützen, um die Werte und Freiheiten zu bewahren, die für demokratische Gesellschaften von grundlegender Bedeutung sind.

Die NATO ist keine Militärallianz alten Stils. Sie will ihre Partner vor jeder Art von Gewaltanwendung schützen.

Vier prominente amerikanische Sicherheits- und Verteidigungsfachleute haben vor kurzem eine Studie vorgelegt, die einen Verzicht auf den Ersteinsatz nuklearer Waffen auf westlicher Seite für möglich erachtet. Ein solcher Verzicht ist bisher deshalb für nicht möglich gehalten worden, weil das Bündnis in Europa mit einer beträchtlichen Überlegenheit der Sowjetunion im konventionellen Bereich konfrontiert ist.

Aber die Debatte über dieses Thema hat jetzt begonnen und wir sollten uns dabei nicht auf die schlichte Ablehnung dieses Vorschlages beschränken, sondern sie zum Anlaß nehmen, auf politische und militärische Bedingungen in Europa zu drängen, die das nukleare Risiko weiter begrenzen statt es zu erhöhen.

Eines sollten wir in dieser Debatte jedoch nicht übersehen: Daß eine rein konventionelle Verteidigung Europas selbst auf der Basis eines militärischen Gleichgewichts kein Allheilmittel zur Lösung aller Sicherheitsprobleme ist. So wünschenswert eine Denuklearisierung Europas erscheinen mag: Meine Sorge ist, daß bei einer rein konventionellen Verteidigung Europas möglicherweise Hemmschwellen für Gewaltanwendung sinken.

Sie kann unter Umständen im Hinblick auf einen möglichen Einsatz als die verfügbarere Option erscheinen und dies sollten wir nicht auf die leichte Schulter nehmen. Im übrigen ist sehr zu bezweifeln, ob der Einsatz konventioneller Waffen in Zentraleuropa mit dem jetzigen Stand der Waffentechnik nicht ähnlich starke und verheerende Wirkungen hätte wie der Einsatz nuklearer Waffen.

Im Mittelpunkt unserer gesamten Politik muß das Bemühen stehen, jegliche Anwendung militärischer Gewalt zu unterbinden.

Lassen Sie mich nun die deutsch-amerikanischen Beziehungen ansprechen. Heute wird häufig und wohl auch in gewissem Umfang zu Recht beklagt, daß die gegenseitige Kenntnis voneinander abzunehmen scheint, obwohl rein quantitativ der Austausch gemessen an Reisen über den Atlantik hier wie dort eher zugenommen hat.

Dies hat vielfältige Gründe - vom Generationswechsel bis zu Verschiebungen in der Kaufkraft des Dollars und zur Umwandlung der amerikanischen Streitkräfte in eine Berufsarmee. Amerikanische Direktinvestitionen in Westeuropa machen etwa die Hälfte der amerikanischen Auslandsinvestitionen aus, umgekehrt leistet Europa rund 70 Prozent der Auslandsinvestitionen in den USA. Die Vereinigten Staaten von Amerika, die 1950 über etwa die Hälfte des Weltbruttosozialprodukts verfügten, repräsentieren heute nur etwa 23 Prozent davon. Heute produzieren die Verbündeten in Europa und im Pazifik weit mehr als die USA selbst.

In der gleichen Zeit erhöhte sich der Anteil der Bundesrepublik Deutschland am Weltbruttosozialprodukt von nahezu 0 auf etwa sechs Prozent. In dieser Zeit wuchs auch die Bundeswehr zur wichtigsten potentesten, modernsten europäischen Streitmacht im Bündnis heran. Die Bundesrepublik Deutschland gewann im Zeitraum einer Generation als Partner immer größeres Gewicht. Das kann uns mit Stolz erfüllen, darf uns aber nicht überheblich machen.

Die elementare politische Interessenidentität sowie die enge wirtschaftliche Verflechtung zwischen Europäern und Amerikanern bedeutet keine automatische Übereinstimmung in allen internationalen Fragen. Identität der Werte, Ziele und Grundinteressen schließt



Meinungsunterschiede im einzelnen nicht aus, zumal in einer Allianz, deren Sinn es ist, Freiheit und Selbstbestimmung zu verteidigen.

Es gibt eine Reihe von Faktoren, die zur unterschiedlichen Einschätzung internationaler Entwicklungen führen können.

- Die USA haben sowohl eine atlantische als auch eine pazifische Küste. In der amerikanischen Bevölkerung wächst derzeit das asiatische und lateinamerikanische Element stärker als das traditionell europäische.
- Die USA tragen als Weltmacht unvermeidbar eine globale Last, während die Europäer primär regionale Verantwortung zu übernehmen bereit sind. Die Ereignisse um Falkland widerlegen dies nicht.

Diese Ausgangslage kann gelegentlich zu einer unterschiedlichen Beantwortung außereuropäischer Krisen sowie zu Problemen der Arbeits- und Lastenteilung im Bündnis führen, auch zu Kritik.

Die Vereinigten Staaten haben in der Folge von Vietnam und Watergate in Teilen der deutschen Bevölkerung an moralischem Kredit eingebüßt. Dabei wurde häufig übersehen, daß es die amerikanische öffentliche Meinung, also das "amerikanische System" selbst war, das in einem Prozeß der Selbstreinigung zu einer Änderung von Staatsführung und Politik fähig war. Wo gibt es das sonst?

Meinungsumfragen bestätigen, daß die Deutschen die Atlantische Allianz nicht nur akzeptieren, sondern für unverzichtbar halten.

In der deutschen Friedensbewegung gibt es gewiß einzelne Stimmen, die das Bündnis infragestellen. Es wäre jedoch falsch, deshalb die Friedensbewegung insgesamt in eine anti-amerikanische und pro-kommunistische Ecke zu drängen.

Die Tatsache, daß es jetzt auch in den Vereinigten Staaten eine durchaus vergleichbare Bewegung gibt, sollte Anlaß genug sein, mit unserem Urteil zurückhaltend zu sein. Das fast parallele Entstehen einer Friedensbewegung hier und dort ist doch auch ein Beweis für die enorm starke innenpolitische Verflechtung zwischen Europa und Amerika und das kann ja wohl kein schlechtes Zeichen sein.

Sicher sind die Ziele der deutschen und der amerikanischen Friedensbewegung in mancher Hinsicht unterschiedlich. Die amerikanische Friedensbewegung geht von der globalen Rolle der USA aus. Die Friedensbewegung hier konzentriert sich auf die Bundesrepublik und die Lage in Europa.

Ich bin sicher, daß die jüngsten Vorschläge des amerikanischen Präsidenten zur substantiellen Verringerung der Nuklearwaffen mit interkontinentaler Reichweite zusammen mit dem Vorschlag einer Nulllösung bei den landgestützten nuklearen Mittelstreckensystemen die Entschlossenheit des Westens, in dem Bemühen um Rüstungskontrolle und Abrüstung nicht locker zu lassen, auch für die kritische Öffentlichkeit deutlich machen.

Die Vorschläge zeigen, daß die Vereinigten Staaten Verhandlungen mit der Sowjetunion über die Verminderung des nuklearen Risikos hohe Priorität einräumen. Die Aussichten für konkrete Vereinbarungen auf dem Gebiet der Rüstungskontrolle und Abrüstung sind damit sehr viel besser geworden. Die Bundesregierung hofft, daß die Sowjetunion bald konstruktiv auf die amerikanischen Vorschläge reagiert.

Die ersten sowjetischen Stellungnahmen zeigen, daß die Sowjetunion an einer möglichst frühzeitigen Aufnahme von Verhandlungen über Begrenzung und Verminderung von nuklearen Interkontinentalwaffen interessiert ist.

Die Herausforderungen und Probleme der 80er und 90er Jahre werden wir nicht im Alleingang, sondern nur gemeinsam bewältigen können. Deshalb wird es notwendig sein und bleiben, die politische Zusammenarbeit und Abstimmung in der Allianz weiter zu verbessern und unsere Fähigkeit zur wirksamen Krisenbeherrschung zu verstärken. Unsere konzeptionelle Basis ist der Harmel-Bericht. Ich könnte mir aber auch vorstellen, daß wir diesen Bericht, wo nötig und erforderlich, erweitern und fortschreiben. (-/19.5.1982/bgy/ca)

+ + +

Verantwortlich: Willi Carl

